

Haushaltsausschuss
unkorrigiertes
Stenografisches Protokoll

92. Sitzung

Montag, den 9. Februar 2009, 9.30 Uhr

Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal 2.400

Vorsitz: Otto Fricke, MdB

TAGESORDNUNG:

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU
und SPD

**Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von
Beschäftigung und Stabilität in Deutschland**

BT-Drucksache 16/11740

Federführend:
Haushaltsausschuss

Mitberatend:
Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Berichterstatter/in:
Abg. Jürgen Koppelin (FDP)
Abg. Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE.)
Abg. Alexander Bonde (B90/GRUENE)

Mitberichterstatter/in:
Abg. Steffen Kampeter (CDU/CSU)
Abg. Carsten Schneider (Erfurt) (SPD)

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses Nr. 8 (Haushaltsausschuss)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
---	--------------	--	--------------

SPD

Bahr (Neuruppin), Ernst
 Brinkmann (Hildesheim), Bernhard
 Hagedorn, Bettina
 Hagemann, Klaus
 Hinz (Essen), Petra
 Hoffmann (Wismar), Iris
 Kahrs, Johannes
 Kröning, Volker
 Lehn, Waltraud
 Mark, Lothar
 Merkel (Berlin), Petra
 Schmidt Dr., Frank
 Schneider (Erfurt), Carsten
 Schurer, Ewald
 Weißgerber, Gunter

Bahr
Brinkmann
Hagedorn
Hagemann
Hinz
Hoffmann
Kahrs
Kröning
Lehn
Mark
Merkel
Schmidt
Schneider
Schurer
Weißgerber

SPD

Arndt-Brauer, Ingrid
 Binding (Heidelberg), Lothar
 Hauer, Nina
 Krüger Dr., Hans-Ulrich
 Küster Dr., Uwe
 Poß, Joachim
 Pronold, Florian
 Roth (Heringen), Michael
 Runde, Ortwin
 Scheelen, Bernd
 Spiller, Jörg-Otto
 Stiegler, Ludwig
 Weigel, Andreas
 Weis, Petra
 Westrich, Lydia

FDP

Flach, Ulrike
 Fricke, Otto
 Koppelin, Jürgen
 Winterstein Dr., Claudia

Flach
Fricke
Koppelin
Winterstein

FDP

Haustein, Heinz-Peter
 Link (Heilbronn), Michael
 Piltz, Gisela
 Toncar, Florian

DIE LINKE.

Bartsch Dr., Dietmar
 Claus, Roland
 Leutert, Michael
 Löttsch Dr., Gesine

Bartsch
Claus
Leutert
Löttsch

DIE LINKE.

Bluhm, Heidrun
 Höll Dr., Barbara
 Kunert, Katrin
 Menzner, Dorothee

BÜ90/GR

Bonde, Alexander
 Lührmann, Anna
 Nouripour, Omid


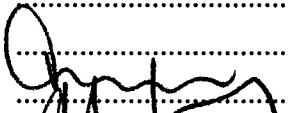
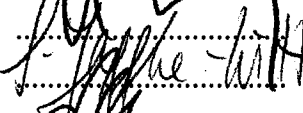
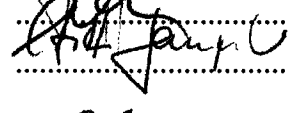
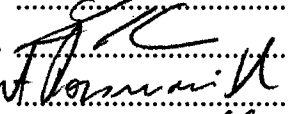
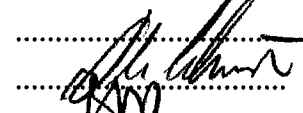
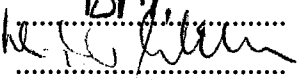



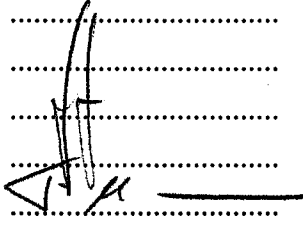

Bonde
Lührmann
Nouripour

BÜ90/GR

Andreae, Kerstin
 Hinz (Herborn), Priska
 Saffrazin, Manuel

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses Nr. 8 (Haushaltsausschuss)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Barthle, Norbert		Brand, Michael
Borchert, Jochen	Brauksiepe Dr., Ralf
Frankenhauser, Herbert		Dautzenberg, Leo
Fromme, Jochen-Konrad	Ferlemann, Enak
Fuchtel, Hans-Joachim		Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E.
Jaffke-Witt, Susanne		Fuchs Dr., Michael
Kalb, Bartholomäus		Meister Dr., Michael
Kampeter, Steffen	Müller (Erlangen), Stefan
Königshofen, Norbert		Rupprecht (Weiden), Albert
Luther Dr., Michael		Schäfer (Saalstadt), Anita
Rossmann, Kurt J.	Scheuer Dr., Andreas
Schirmbeck, Georg		Spahn, Jens
Schröder Dr., Ole		Strothmann, Lena
Schulte-Drüggelte, Bernhard		Tillmann, Antje	
Willsch, Klaus-Peter		Weiß (Emmendingen), Peter

Florian Kammich

Kammich

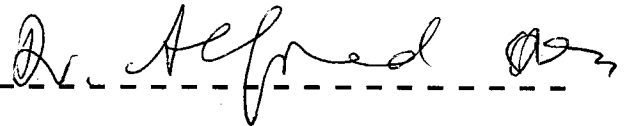
Anwesenheitsliste der Sachverständigen
zur öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses am 9. Februar 2009
– Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in
Deutschland –
 (BT Drucksache 16/11740)

Sachverständige/r**Unterschrift**

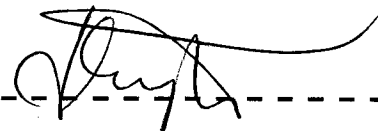
Frau Monika Kuban
 Deutscher Städtetag



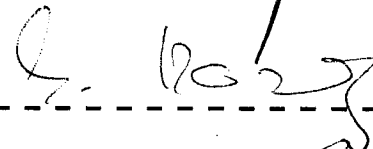
Herr Dr. Alfred Boss
 Institut für Weltwirtschaft



Herr Heiner Flassbeck
 UNCTAD



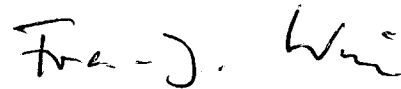
Herr Dr. Gerd Rosenkranz
 Deutsche Umwelthilfe



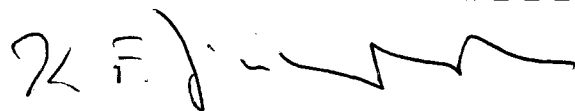
Herr Michael Sommer
 DGB



Herr Dr. Frank-Jürgen Weise
 Bundesagentur für Arbeit



Herr Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
 DIW



(Beginn: 9.36 Uhr)

Vorsitzender Otto Fricke: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle ganz herzlich zur 92. Sitzung des Haushaltsausschusses begrüßen.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Öffentliche Anhörung zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland
BT-Drucksache 16/11740

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Jürgen Koppelin (FDP)
Abg. Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE.)
Abg. Alexander Bonde (B90/GRUENE)

Mitberichterstatter:

Abg. Steffen Kampeter (CDU/CSU)
Abg. Carsten Schneider (Erfurt) (SPD)

Als Sachverständige darf ich ganz herzlich begrüßen: Herrn Dr. Boss vom Institut für Weltwirtschaft, Herrn Dr. Flassbeck von der UNCTAD, Professor Dr. Zimmermann vom DIW, Frau Kuban vom Deutschen Städtetag,

Herrn Sommer vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Herrn Dr. Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe; Herr Weise von der Bundesagentur für Arbeit kommt etwas später. Die Sachverständigen haben schriftliche Stellungnahmen vorgelegt. Ich begrüße auch den Parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium, der, wie ich weiß, immer gerne hierherkommt.

Zwei Sitze neben mir sitzt Herr Hinz, ohne den im Haushaltsausschuss - neben Herrn Probst und anderen - nichts funktioniert. Herr Hinz hat sich heute gedacht: Ich mache mir selbst ein Geburtstagsgeschenk und bin bei der Ausschussanhörung dabei. Herzlichen Glückwunsch vom gesamten Ausschuss!

(Beifall)

Ich bin gespannt, was dieser Ausschuss machen wird, wenn Sie Ihre nächsten fünf Geburtstage feiern.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Und wer Vorsitzender ist!)

- Vorsitzender wird jedenfalls keiner von der FDP sein.

Gestatten Sie mir ein paar formale Hinweise. Mit den Obleuten ist besprochen worden, dass jeder Fragesteller - ebenso wie in den früheren Anhörungen - maximal zwei Fragen an einen Sachverständigen oder eine Frage an zwei Sachverständige stellen darf. Ansonsten bräuchten wir zu lange für die Durchführung dieser Anhörung. Wir wissen schließlich, dass wir notfalls alle ganz lange reden können. Deswegen stellen wir lieber kurze Fragen in der Hoffnung, dass wir prägnante Antworten bekommen.

In der ersten Fragerunde kommen die Berichterstatter in folgender Reihenfolge zu Wort: Herr Koppelin, Herr Kampeter, Frau Löttsch, Herr Schneider und Herr Bonde. In der zweiten Runde kommen weitere Haushalter und in der dritten Runde Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ausschüssen zu Wort.

Die von den Sachverständigen vorab eingereichten Stellungnahmen dienen als Grundlage für die Fragen. Die Stellungnahmen wurden ausgelegt. Sie wurden in der Drucksache 16/5801 zusammengefasst, die Ihnen vorliegen müsste. Die Stellungnahmen der nicht eingeladenen Verbände haben wir in der Drucksache 16/5802 zusammengefasst. Einige Stellungnahmen liegen bereits auf den Tischen, einige gehen noch ein.

Wir wollen keine Eingangsstatements machen. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass das wenig produktiv ist.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Die liegen ja schriftlich vor!)

- Wenn man sie als Eingangsstatements verstehen will, Kollege Kampeter, dann ja. Ich gehe aber davon aus, dass die Sachverständigen aufgrund ihres Intellekts in der Lage wären, sehr gute und über das Schriftliche hinausgehende Eingangsstatements abzugeben.

Im Foyer gibt es Getränke und kleine Imbisse. Wer will, kann sich dort verpflegen. Da es hier wieder einmal etwas zu warm ist, ist Anzugserleichterung gestattet. Ich bitte darum, dass hier kein Handy klingelt. Das kann sehr teuer werden.

Das Wort hat Herr Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, zunächst einmal zur Geschäftsordnung. Sie haben als Gast Herrn Staatssekretär Diller begrüßt. Sie haben aber keinen Vertreter des Wirtschaftsministeriums begrüßt. Ich verstehe zwar, dass die Situation im Wirtschaftsministerium aktuell schwierig ist - deswegen will ich das nicht überzeichnen -; aber zumindest ein beamteter Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium sollte hier anwesend sein. Ich bitte daher, einen beamteten Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium herbeizurufen und mit der Anhörung nicht anzufangen, ehe er hier ist. Dieses Gesetzespaket wurde vom Wirtschaftsministerium und vom Finanzministerium geschnürt. Also muss hier auch das Wirtschaftsministerium vertreten sein.

Vorsitzender Otto Fricke: Kollege Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Herr Kollege Koppelin, der Vorsitzende hat diese Ausschussanhörung vorbereitet und das federführende Ressort eingeladen. Ich freue mich, dass das federführende Ressort hier vertreten ist. Wenn Sie im Vorfeld den Wunsch geäußert haben, dass das Wirtschaftsministerium ebenfalls vertreten sein soll, der Vorsitzende Ihren Wunsch aber nicht beachtet hat, dann müssen Sie das mit ihm ausmachen. Sollte Ihr Wunsch neu sein, werden wir uns gerne darum bemühen, dass einer der beamteten Staatssekretäre erscheint. Ich sehe aber keine Veranlassung,

die Anhörung zu verschieben. Ich würde mich freuen, wenn fraktionsinterne Streitigkeiten bei der FDP vor der Ausschusssitzung geregelt werden könnten.

Jürgen Koppelin (FDP): Kollege Kampeter, Sie haben in der Vergangenheit schlechte Begründungen besser vorgetragen. Bisher haben wir gedacht, dass dieses Paket von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium gemeinsam geschnürt wurde. Nach Ihren Aussagen hat das Wirtschaftsministerium - das muss ich jetzt zur Kenntnis nehmen - bei dieser Geschichte keine sehr große Rolle gespielt. Deswegen legen Sie offensichtlich keinen großen Wert darauf, dass ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums hier anwesend ist. Ich finde, angesichts der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gehört selbstverständlich ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums hierher. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Unter uns gesagt: Diese Begründung ist fadenscheinig. Wir stellen daher den Antrag, einen beamteten Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums herbeizurufen.

Vorsitzender Otto Fricke: Ich möchte feststellen: Der Ausschussvorsitzende hat die Sachverständigen eingeladen. Da er um die Selbstständigkeit und das selbsttätige Denken der Regierung weiß, hat er weder das Finanzministerium noch das Wirtschaftsministerium eingeladen. Er ging davon aus, dass Vertreter der Ministerien entweder kommen oder nicht. Wenn das Ihr Wunsch ist, ist das eine andere Frage. So viel, um klarzustellen, wie das Ganze gelaufen ist.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Kollege Koppelin, Sie gehören dem Hohen Haus schon länger an und kennen daher den Zusammenhang zwischen Federführung und Mitberatung. Wenn Sie einen Wunsch hatten, hätten Sie diesen dem Sekretariat gegenüber äußern müssen. Das Finanzministerium ist bei diesem Gesetzentwurf federführend zuständig. Mitberatend sind das Sozialministerium, das Bauministerium und das Wirtschaftsministerium; ich weiß nicht, ob sonst noch welche mitberatend sind.

(Jens Spahn (CDU/CSU):
Innenministerium!)

- Richtig, das Innenministerium und das Gesundheitsministerium. All diese Ministerien sind hier ebenfalls nicht vertreten.

Wir stehen der freundlichen Herbeirufung eines Vertreters der politischen Leitung des Wirtschaftsministeriums nicht im Wege. Ich bin mir sicher, dass sich das Sekretariat darum bemühen wird.

Vorsitzender Otto Fricke: Können wir das so machen?

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, ich darf feststellen, dass wir in der Sitzung, in der wir diese Anhörung beschlossen haben, gesagt haben, dass die beteiligten Ministerien anwesend sein sollen. Das habe ich nicht vergessen.

Vorsitzender Otto Fricke: Ich halte fest: Wir versuchen, dafür zu sorgen, dass das Wirtschaftsministerium einen Vertreter schickt, und zwar, wenn das geht, einen beamteten Staatssekretär. Es ist im Augenblick schwierig, einen Parlamentarischen Staatssekretär herbeizurufen; das gebe ich gerne zu.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? - Nein.

Als erster Berichterstatter hat der Kollege Koppelin das Wort.

Jürgen Koppelin (FDP): Ich will auf die Stellungnahme von Herrn Dr. Boss eingehen. Herr Dr. Boss, in Ihrer Stellungnahme steht:

Es sollte klargestellt werden, dass die Steuern nicht erhöht werden.

Können Sie uns sagen, wie die mit diesem Paket aufgenommenen riesigen Schulden in kürzester Zeit reduziert werden können?

Sie haben auf einen anderen Punkt hingewiesen, den ich sehr interessant finde: auf die öffentlichen Investitionen, die getätigt werden. Sie haben gesagt, dass sie zwar grundsätzlich sinnvoll seien, aber zu nennenswerten Preissteigerungen im Bausektor führen könnten. Auch dazu hätte ich gerne ein paar Anmerkungen von Ihnen gehört.

Zu Ihrem vierten Punkt.

Vorsitzender Otto Fricke: Kollege Koppelin, nur zwei Fragen.

Jürgen Koppelin (FDP): Dazwischen war ein Semikolon, Herr Vorsitzender. Das ist Ihnen doch hoffentlich aufgefallen, oder?

Vorsitzender Otto Fricke: Nein.

Jürgen Koppelin (FDP): Ich fasse mich kurz. Ich mache keine langen Ausführungen.

Die Auswirkungen auf die Arbeitsanreize sind zu beachten. Wenn Sie bitte zum Kinderbonus und zu diesem Paket insgesamt unter dem Stichwort Subventionen - ich will mich kurzfassen - Stellung nehmen könnten. Sagen Sie bitte etwas zu Ihrer Empfehlung, Steuern zu senken, anstatt so ein Programm aufzulegen.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Ich habe eine Vorbemerkung und zwei Fragen.

Die Vorbemerkung: Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Ladungsfristen sehr kurz waren. Das Gesetzgebungsverfahren entspricht vom zeitlichen Ablauf her zwar dem, was wir uns eigentlich immer wünschen, doch es entspricht nicht unbedingt der Praxis. Deshalb möchte ich mich seitens der Koalition in erster Linie bei allen Sachverständigen dafür bedanken, dass sie heute hier sind.

Meine beiden Fragen. Die erste Frage geht an die Finanzchefin der deutschen Gemeinden, Frau Kuban. In den Kommunen fanden die ersten Veranstaltungen zur Bewertung des kommunalen Investitionsprogramms statt. Wir sind auf positive Reaktionen gestoßen. Halten Sie das, was die Bundesregierung dem Parlament vorschlägt - die Länder und viele Bürgermeister greifen der Entscheidung vor und verkünden das schon -, für eine sinnvolle und vernünftige Maßnahme?

Die zweite Frage geht an Herrn Zimmermann vom DIW. Herr Zimmermann, wir haben in der Europäischen Union vereinbart, für einen konjunkturellen Impuls zu sorgen. Das jetzt Vorgelegte geht leicht darüber hinaus. Wenn Sie bitte eine Bewertung abgeben könnten, wie Deutschland mit diesem konjunkturellen Impuls im internationalen Kontext dasteht. Wie bewerten Sie das insgesamt?

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): Auch ich mache eine Vorbemerkung, weil das augenscheinlich üblich ist. Normalerweise dienen Anhörungen dazu, dass man sich eine Meinung bildet, um Änderungen in den Gesetzentwurf einfließen lassen zu können. Nun sind wir aber mit der Situation konfrontiert, dass etliches von dem, was mit dem

Paket festgelegt werden soll, bereits wirksam geworden ist. Ich erinnere an unsere recht heftige Debatte vor gut 14 Tagen über die Abwrackprämie. Dabei mussten Kollegen im Haushaltsausschuss staunend zur Kenntnis nehmen, dass dieses Programm schon läuft, obwohl die 1,5 Milliarden Euro dafür - das ist nicht wenig Geld - noch nicht beschlossen wurden. Daher brauchen wir über die Abwrackprämie gar nicht zu reden. Deswegen will ich keine Frage dazu stellen. Ich verbinde meine erste Frage mit einer Entschuldigung bei den Experten dafür, dass sie sich zu Dingen äußern sollen, die schon laufen, und ihre Expertise deswegen vielleicht ein bisschen vom Winde verweht wird.

(Zuruf: Die Leute sind froh!)

- Zu rufen: „Die Leute sind froh“, ist einfach. Wir machen hier aber keine Politik am Küchentisch; jedenfalls sollten wir das nicht machen.

Meine erste Frage geht an Herrn Flassbeck. Sie haben sich in Ihrer Stellungnahme kritisch zu diesem Konjunkturpaket geäußert. Mich würde interessieren, wie Ihrer Meinung nach ein Konjunkturprogramm hinsichtlich Umfang und Dauer ausgestaltet sein müsste, um nachhaltig zu wirken.

Meine zweite Frage geht an Herrn Sommer. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf die Einkommens- und Konsumschwäche deutscher Haushalte abgehoben. Sie haben darauf hingewiesen - damit sind wir logischerweise sehr einverstanden -, dass die Hartz-IV-Sätze angehoben und endlich gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden müssen. In diesem Zusammenhang hätte ich von Ihnen gerne eine Stellungnahme zu der „ausgewählten“ Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren. Sehen Sie das als Lösung des Hartz-IV-Problems an? Wie bewerten Sie das?

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD): Ich frage Herrn Sommer nach seiner Einschätzung des Pakets. Meinen Sie, dass dieses Paket mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro richtig proportioniert ist?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Zimmermann. Mich interessiert Ihre Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. Welchen Effekt erwarten Sie von diesem Paket in 2009 und 2010?

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine erste Frage richte ich an Herrn Dr. Rosenkranz. Sie haben in Ihrer Stellungnahme kritisiert, dass dem Paket die Annahme zugrunde liege, die jetzige Krise sei nur ein Betriebsunfall und man könne danach zur alten Wachstumslogik zurückkehren. Sie führen eine ganze Reihe von Punkten auf, an denen Sie eine Stabilisierung der bestehenden ökologischen und finanzpolitischen Strukturen festmachen. Vielleicht können Sie uns erläutern, welche Chancen für einen ökologischen Wandel Sie in dieser Krise sehen. Wo könnten nachhaltige Wirtschaftsimpulse gesetzt werden?

Meine zweite Frage richte ich an Herrn Professor Zimmermann. Was bedeutet es Ihrer Meinung nach für die Unternehmensfinanzierung auf den Finanzmärkten, dass sich die Staatsverschuldung gegenwärtig nicht nur in der Bundesrepublik, aber insbesondere bei uns, dramatisch erhöht und es in diesem Jahr eine erhebliche Ausweitung der Emissionstätigkeit von Staaten gibt? Welche Auswirkungen hat diese Neuverschuldung aus Ihrer Sicht auf als sehr sicher eingestufte Finanzanlagen? Welche Auswirkungen hat das auf die Finanzmärkte und die Unternehmensfinanzierung? Welche Aufgaben für staatliches Handeln ergeben sich daraus wiederum?

Vorsitzender Otto Fricke: Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde der Berichterstatter. Jetzt kommt die berühmte Frage: Wie gehen wir vor: von rechts nach links oder von links nach rechts? Herr Sommer, ich schlage vor, wir gehen jetzt von links nach rechts und in der nächsten Runde von rechts nach links vor.

Sachverständiger Michael Sommer (Deutscher Gewerkschaftsbund): Von links nach rechts ist immer richtig, Herr Vorsitzender, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf.

Herr Kampeter, zwei kurze Bemerkungen. Ich bin dankbar dafür, dass diese Anhörung stattfindet. Ich halte es angesichts der Krisensituation für ausgesprochen sinnvoll, dass die Fristen verkürzt wurden. Das muss ja nicht nur bei Bankenrettungspaketen der Fall sein.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Wir sind bereit!)

- Wir auch.

Ich möchte kurz auf die beiden konkreten Fragen antworten.

Frau Dr. Lötzsich hat nach Hartz IV gefragt. Wir begrüßen die Verbesserung für Kinder ausdrücklich. Wir erwarten allerdings nicht, dass dies zu einer generellen Verbesserung der Situation der Menschen führt, die Hartz IV beziehen. Wir erwarten, dass die Hartz-IV-Regelsätze insgesamt überprüft werden. In diesem Zusammenhang weise ich ausdrücklich darauf hin, dass das Bundessozialgericht ja einen entsprechenden Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht verfasst hat. Ich glaube, dass die Regelsätze insgesamt erhöht werden müssen, aber insbesondere die Regelsätze für Kinder. Wir halten diesen Schritt der Koalition für einen Schritt in die richtige Richtung. Sie wissen, dass wir uns, was die Maßnahmen für Kinder betrifft, das doppelte Volumen gewünscht hätten. Ansonsten verweise ich diesbezüglich auf unsere schriftliche Stellungnahme.

Herr Schneider, zu Ihrer prinzipiellen Frage, die auch an andere Sachverständige ging: Wir sollten nicht nur über Glaubenssätze reden. Ich will als Allererstes sagen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle deutschen Gewerkschaften dieses Konjunkturprogramm ausdrücklich begrüßen. Das ist ein richtiger Schritt, der angesichts der Tiefe der Wirtschaftskrise notwendig ist. Aufgrund der Tatsache, dass niemand wirklich weiß, wie tiefgehend die Krise ist - ich glaube, das weiß auch niemand von den anwesenden wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen -, hätten wir uns ein deutlich größeres und schneller wirksames Programm gewünscht. Die von Frau Dr. Lötzsich genannte Abwrackprämie zeigt ja, dass konsumstimulierende Anreize sofort Wirkung erzielen, wenn sie richtig gesetzt werden. Das parlamentarische Verfahren in diesem Zusammenhang würde ich als Staatsbürger besonders betrachten wollen; ich will jetzt aber nur über die Wirkung reden: Die Wirkung überrascht uns nicht. Die Gewerkschaften und der DGB haben am vehementesten gefordert, in diesem Bereich etwas zu tun. Wir fühlen uns in dieser Forderung bestätigt.

Durch die Abwrackprämie wird übrigens auch offengelegt - in dieser Auffassung fühlen wir uns ebenfalls bestätigt -, dass es in diesem Land relativ viele einkommensschwache Menschen gibt, für die 2 500 Euro richtig viel Geld ist. Wenn sie die vom Staat

bekommen, sind sie auch bereit, privates Geld zu mobilisieren. Von daher ist das Programm richtig. Wir hätten uns allerdings das doppelte Volumen gewünscht.

Ich will hinzufügen, dass wir darüber nachdenken müssen, dieses Programm zu verstetigen, und zwar nicht nur im Sinne eines Konjunkturprogramms. Wir sollten umsteuern in Richtung Stärkung der Binnenkonjunktur und der Binnennachfrage in Deutschland.

Zu den Einzelmaßnahmen haben wir Stellung genommen. Wir halten insbesondere die Investitionsmaßnahmen für hilfreich, die den Konsum unmittelbar fördern. Dass wir die sogenannten Steuersenkungen nicht nur für überflüssig, sondern teilweise sogar für kontraproduktiv halten, haben wir in unserer Stellungnahme dargestellt.

Ich glaube, damit kann ich zunächst schließen.

Vorsitzender Otto Fricke: Ich begrüße Herrn Weise. Ich vermute, in Nürnberg lag Schnee. Das ist kein Problem. Wir werden einzelne Fragen notfalls nachträglich klären.

Ich bitte Frau Kuban als Nächste um Beantwortung der Fragen.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Herr Kampeter hat gefragt, ob die kommunale Familie dieses Programm für sinnvoll hält. Ich beziehe mich - wie in unserer Stellungnahme - insbesondere auf das kommunale Investitionspaket. Wir haben öffentlich deutlich gemacht - das war unsere erste Reaktion -, dass wir das für außerordentlich sinnvoll halten. Wir sind der Auffassung, dass hier mit einem nachhaltigen, sinnvollen Programm konjunkturelle Impulse gegeben werden. Es ist bekannt, dass der kommunale Investitionsbereich in der Zeit, als die Kommunen aufgrund der in früheren Jahren schwierigen Konjunkturlage Einnahmeschwierigkeiten hatten, fast zusammengebrochen ist. Heute investieren wir immer noch weniger als vor 10 oder 15 Jahren. Von daher ist der Ansatz, die Konjunktur mit kommunalen Investitionen anzukurbeln, außerordentlich vernünftig. Die Kommunen tätigen immerhin zwei Drittel der öffentlichen Investitionen.

Auch die Schwerpunktsetzung - zwei Drittel in den Bildungsbereich und den Rest in die übrige Infrastruktur; also der größte Teil für den Bereich der Bildungseinrichtungen - halten wir für außerordentlich sinnvoll.

Dem Anspruch der Bundesregierung, aus der Krise stärker herauszukommen, als man hineingegangen ist, wird man mit Sicherheit am ehesten durch Investitionen im Bereich Bildungseinrichtungen gerecht.

Wir haben im Vorfeld der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfes in Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung die Anliegen der Kommunen erörtert. Ganz besonderes wichtig war für uns zum einen - das ist befriedigend gelöst worden -, dass der überwiegende Teil der Fördermittel auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt, wenn das Geld über die Länder verteilt wird. Das wurde glücklicherweise dadurch sichergestellt, dass festgeschrieben wurde, dass 70 Prozent für die Kommunen bestimmt sind.

Der zweite Punkt, der uns wichtig war, ist, dass insbesondere in strukturschwachen Regionen mit finanzschwachen Städten dadurch Chancengleichheit hergestellt wird, dass die Bedingungen so ausgestaltet werden, dass auch diese Kommunen mithilfe dieser Fördermittel Investitionen tätigen können. Das ist unter zwei Gesichtspunkten sinnvoll: Erstens gibt es dort den größten Nachholbedarf, und zweitens können Sie davon ausgehen, dass Sie mit einem solchen Förderprogramm in den Regionen, in denen die Investitionstätigkeit aufgrund einer defizitären und desaströsen Haushaltslage daniiederliegt, die geringsten Mitnahmeeffekte erzeugen. Es gibt zweifellos Kommunen - der Unterschied zwischen armen und reichen Kommunen ist ja bekannt -, die vor dem Hintergrund einer günstigen Struktur in der Vergangenheit investieren konnten; aber es gibt auch Kommunen, die große Schwierigkeiten haben. Es sind ja beeindruckende Bilder von Schulen und Kindergärten durch die Medien gegangen; wir haben gesehen, in welchem Zustand sie sich zum Teil befinden. Wir glauben, dass das Programm auch diesbezüglich gut ist.

Die Länder werden aufgefordert - das ist noch sehr allgemein -, finanzschwachen Kommunen die Teilnahme an dem Programm zu ermöglichen. Das reicht aber noch nicht ganz aus. Wir finden es gut, dass das Programm keine Vorgaben bezüglich des kommunalen Eigenanteils enthält. Das heißt, die Länder können sich vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Situation überlegen, wie sie den finanzschwachen Kommunen eine Teilnahme an dem Programm ermöglichen wollen. Es wurde ja auch ein Sonderprogramm der KfW mit besonders günstigen Kondi-

tionen für finanzschwache Kommunen aufgelegt. Ihnen wird so die Möglichkeit gegeben, mithilfe der KfW die notwendigen Eigenanteile aufzubringen, die sie sonst nicht aufbringen könnten.

Ich will einen weiteren Gesichtspunkt ansprechen. Maßnahmen zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude, insbesondere im Bereich der kommunalen Infrastruktur, sind besonders gut, weil sie positive finanzielle Effekte haben. Wenn man marode Gebäude energetisch saniert, spart man Energiekosten. Das macht deutlich, warum dieser Ansatz - danach haben Sie mich gefragt - vernünftig ist.

Neben unseren Hauptanliegen, dass die Gelder überwiegend in den Kommunen ankommen und sich auch strukturschwache Kommunen beteiligen können, haben wir uns gewünscht, dass das Konjunkturprogramm, wenn man es schon macht, unbürokratisch und schnell umgesetzt wird. Wir glauben, dass man über Einzelheiten noch reden muss. Zum Beispiel geht es um die Frage, was eine zusätzliche Maßnahme ist. Die derzeitigen Formulierungen werfen viele Fragen auf. In den Ländern wird zurzeit ganz unterschiedlich definiert, was „zusätzlich“ sein kann.

Das Zweite ist der Investitionsbegriff. Im Gesetzentwurf und in der Verwaltungsvereinbarung ist der Begriff Investitionen enthalten. An anderer Stelle heißt es aber auch: Sanierungsmaßnahmen. Wir meinen, dass insbesondere an diesen beiden Stellen Klärungsbedarf besteht, damit wir in den Kommunen und in den Ländern nicht viel Zeit damit vertun, uns darüber klar zu werden, was damit gemeint ist. Ich befürchte - jedenfalls empfangen wir aus einzelnen Ländern entsprechende Botschaften -, dass man mit einer übermäßigen Dichte an bürokratischen Regeln auf diese Unklarheiten reagieren wird; denn so ist die Bürokratie nun einmal.

Folgendes muss deutlich werden: Unser erster Wunsch ist, dass große Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen ausdrücklich förderfähig sein werden. Unser zweiter Wunsch ist eine Klärung bei dem Thema Zusätzlichkeit; dies haben wir in der Stellungnahme dargestellt. Das sollte in der Weise stattfinden, dass - ähnlich wie es in der Verwaltungsvereinbarung bezüglich der Länder steht - auch bei den Kommunalhaushalten, wenn man den Dreijahresdurchschnitt zugrunde legt - wenn er denn überhaupt für einzelne Kommunen angewandt werden soll;

wir glauben, dass das unnötige Schwierigkeiten macht -, Sondereffekte berücksichtigt werden.

Wir schlagen vor, das in die Wertung - wenn man sie denn schon macht - bei jeder einzelnen Kommune aufzunehmen. Wenn man ihnen sagt, dass sie mehr investieren müssen als im Durchschnitt der letzten drei Jahre, dann sollte man sich nur auf die Eigenanteile in den Haushalten beziehen. Denn wenn zum Beispiel eine strukturschwache Ruhrgebietskommune EFRE-Mittel oder eine andere Drittmittelfinanzierung bekommen hat und der Investitionshaushalt dadurch befristet stark in die Höhe gegangen ist - das ist dann der Durchschnitt, auf den man sich beziehen muss -, gibt es Probleme. Das Leichteste wäre, sich auf die Eigenanteile bei den Investitionen zu beziehen. Diese Definition der Zusätzlichkeit bei den Kommunen, also zu sagen, dass eine Maßnahme zusätzlich ist, wenn sie im Haushalt nicht durchfinanziert ist - das muss nachgewiesen werden -, ist nach unserer Auffassung sinnvoll und relativ einfach umsetzbar. Bezüglich des Durchschnitts der letzten drei Haushalte als Grundlage besteht ein erheblicher Klärungsbedarf, damit Sondereffekte nicht unzulässig das Bild verfälschen.

Noch einmal das Thema Investitionen. Hier ist eine deutliche Klärung notwendig, damit man den Begriff nicht interpretiert, sondern klar ist: Investitionen sind auch Sanierungs- und größere Instandhaltungsmaßnahmen. Damit würde man dazu beitragen, dass es nicht zu einem monatelangen Klärungsprozess in einzelnen Bundesländern kommt, die es dann ganz genau haben wollen, weil es in den Ländern und Kommunen den Verdacht gibt - damit sind wir in den letzten Tagen häufiger konfrontiert worden; ich unterstelle das ausdrücklich nicht -, dass einzelne Formulierungen so gewählt worden sind, um nachher eine günstige Grundlage für die Rückforderung zu haben. Diesen Verdacht sollte man ausräumen, weil man extrem Angst davor hat.

Sachverständiger Dr. Alfred Boss (Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel): Wenn die Budgetdefizite jetzt ausgeweitet werden, um die Konjunktur zu stimulieren, dann muss meines Erachtens sichergestellt werden, dass die öffentliche Verschuldung langfristig nicht höher ausfällt, als sie es sonst getan hätte. Um dies zu erreichen, sollte man nicht die Steuern in 2011, 2012,

2013 oder wann auch immer erhöhen, sondern man sollte Staatsausgaben, insbesondere Subventionen, kürzen. Das Volumen der Subventionen ist nach unseren Berechnungen immens. Es beläuft sich für das Jahr 2007 auf rund 140 Milliarden Euro. Dabei sind Steuervergünstigungen und Finanzhilfen des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der EU und auch der Bundesagentur für Arbeit eingerechnet. Es gibt also viel Masse. Meines Erachtens sollte man rasch - möglichst gleichzeitig mit dem Konjunkturpaket - beschließen, dass Subventionen - sagen wir - ab dem Jahr 2011 gekürzt werden.

Außerdem erscheint es mir zwingend notwendig, eine Schuldenbremse - in welcher Form auch immer - zu beschließen. Das, was vergangene Woche in der Föderalismuskommission II vereinbart worden ist, kann allenfalls ein zaghafter Schritt in die Richtung sein. Vor allem ist es völlig ungenügend, dass eine Reduktion der Schulden erst ab dem Jahr 2020 erfolgen soll.

Die öffentlichen Investitionen sind in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen, nachdem sie zugegebenermaßen jahrelang massiv gesunken waren. Sie beliefen sich im Jahr 2008, wenn man die Investitionen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung addiert, auf 38 Milliarden Euro. Wenn jetzt ein Paket, wie hier vorgelegt, beschlossen wird, dann kann das meines Erachtens nicht ohne Preissteigerungen über die Bühne gehen. Die Kapazitäten im Bausektor, gerade in der Sparte öffentlicher Bau, sind relativ stark ausgelastet. Es wird meines Erachtens zu deutlichen Preissteigerungen kommen, zumal die Industrie - in diesem Fall die Bauwirtschaft - guten Anlass hat, die Kapazitäten nicht auszuweiten. Es ist allen klar, dass das ein kurzfristiges Programm ist und dass es wenig Sinn hat, Kapazitäten zu schaffen, die dann vielleicht 10 oder 20 Jahre genutzt werden müssten.

Aus all dem folgere ich, dass es besser wäre, das Ausmaß der Investitionen oder überhaupt aller Maßnahmen auf der Ausgabenseite zu reduzieren und dafür mehr auf der Steuerseite zu tun, zumal man bei der Einkommensteuer keine wirkliche Entlastung beschlossen hat; jedenfalls ist sie im Programm nicht angelegt. Das, was im Programm steht, ist für den Durchschnitt der Einkommensteuerpflichtigen nur ein Verzicht auf eine weitere Anhebung der Steuerbelastungen. Es ist also keine Entlastung im eigentlichen Sinne.

Der Kinderbonus mag aus sozialpolitischer Sicht vernünftig sein; aber was immer man in diesem Bereich beschließt, man muss bedenken, dass solche staatlichen Transfers auch Anreizwirkungen haben. Es kommt, wie Ökonomen sagen, auf den sogenannten Lohnabstand an, also auf die Differenz zwischen dem Einkommen, das man bei Nichterwerbstätigkeit und Bedürftigkeit beziehen kann, und dem potenziellen Nettoarbeitseinkommen. Der Lohnabstand ist infolge der Reformmaßnahmen im Jahr 2005 gering, wenn Haushalte groß sind. Er war auch in den Jahren davor in bestimmten Fällen gering, in denen die alternative Beschäftigung in Bereichen des Dienstleistungssektors war, die vor allem für potenzielle Leistungsempfänger in Betracht kommen. Der Lohnabstand ist im Schnitt gesehen im Osten geringer als im Westen. All das bedeutet, dass die Anreize stärker gestört werden.

Aber ich sage noch einmal: Sozialpolitisch mag man diesen Kinderbonus für richtig halten. Von dessen Konjunkturwirkung darf man sich wohl nur sehr wenig erwarten. Dieser Kinderbonus wie auch manch anderes, was in der Frage nicht angesprochen wurde, bewirken ein gewisses Strohfeuer für den privaten Konsum. Aber klar ist: Der Kinderbonus für sich genommen wird zur Folge haben, dass die Schulden jedes Bundesbürgers im Durchschnitt knapp 20 Euro höher sein werden als ohne.

(Zuruf: Steuersenkungen auch!)

Vorsitzender Otto Fricke: Die Kolleginnen und Kollegen haben nachher die Möglichkeit, massenhaft Fragen zu stellen.

Herr Flassbeck hat jetzt das Wort.

Sachverständiger Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD): Zu der Frage nach dem Umfang und der Dauer des Programms. Ich glaube, man kann es nur vor einem globalen Hintergrund beurteilen. Erlauben Sie mir, ein paar Worte dazu zu sagen, da ich von einer global arbeitenden Institution komme. In der Tat erleben wir in der Welt in bestimmten Bereichen einen globalen Zusammenbruch von Verschuldung, die durch Spekulationen aufgeblasen war und jetzt implodiert. Dieser globale Zusammenbruch von Verschuldung muss irgendeine Gegenposition finden. Wenn sich keine Gegenposition findet, wer-

den das wirtschaftliche Wachstum und die Einkommen in der Welt weiter sinken.

Man kann die Länder dieser Welt grob in zwei Gruppen einteilen. Es gibt Länder, die in der Vergangenheit weit über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das sind die USA, Großbritannien und viele osteuropäische Länder, also entscheidende Kunden für deutsche Produkte. Diese Länder werden sich entschulden. Sie werden weit unter ihren Verhältnissen leben. Es wird in den USA sicherlich einen Verbrauchsrückgang geben, der mehrere Jahre dauert und nicht in einem Jahr abgetan sein wird. Wenn Sie nur einmal annehmen, dass sich die Sparquote der privaten Haushalte in den USA normalisiert, also auf 7 bis 8 Prozent zurückgeht, dann bedeutet das einen dramatischen Entzug von Nachfrage in der Welt.

Ähnliches wird in vielen anderen Ländern passieren. Großbritannien und viele Länder Osteuropas müssen massiv abwerten, also dafür sorgen, dass deutsche und andere Produkte nicht mehr auf ihre Märkte kommen. Dieser Zusammenbruch der privaten und in anderen Ländern zum Teil staatlichen Verschuldung muss ausgeglichen werden, weil die Welt nun einmal nicht ohne Verschuldung leben kann. Solange es Ersparnisse gibt, muss es Verschuldung geben. Wenn Sie die privaten Investoren nicht davon überzeugen können, sich in viel stärkerem Maße als bisher zu verschulden, dann kann das nur der Staat machen.

Gemessen daran und an der Tiefe des Abschwungs, den wir jetzt schon erleben, ist das Programm in meinen Augen viel zu klein. Ein Schrumpfen der Wirtschaft um 2,5 Prozent - die Zahl kennt inzwischen jeder -, das die Bundesregierung unterstellt, ist absoluter Optimismus; diese Zahl ist durch nichts mehr zu rechtfertigen. Es wird sicherlich sehr viel schlimmer werden. 3,5 oder 4 Prozent sind nicht ausgeschlossen. Vor allem ist keine Wende in Sicht. Wenn die Problematik im Ausland so weitergeht, dann ist die Wende vielleicht in drei oder vier Jahren zu erreichen, aber nicht im Jahr 2010.

Insofern ist das Programm nicht nur zu klein, sondern greift auch zu kurzfristig. Denn es besteht die Gefahr, dass wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa oder global in ein deflationäres Szenario geraten, wenn jetzt nicht massiv dagegegenthalten wird. Dagegegenthalten müssen vor allem die Länder, die dazu in der Lage sind, nämlich die Überschussländer; Überschussländer

nicht bezogen auf die Haushalte, sondern auf die Leistungsbilanzen. Die Länder, die massiv Leistungen als Überschüsse haben - denen gegenüber stehen die Länder, die verschuldet sind -, müssen jetzt aktiv etwas tun. Denn die Schulden des Auslandes werden implodieren. Das, was die deutsche Konjunktur in den letzten drei, vier Jahren allein getragen hat, die zusätzliche Verschuldung des Auslandes, implodiert.

Schauen Sie sich die Auftragseingänge der deutschen Industrie an. Dann sehen Sie, dass das nicht nur außerhalb Europas, sondern vor allem auch innerhalb Europas, in der Europäischen Währungsunion in einem unglaublichen Maße passiert. Insofern halte ich es für falsch, jetzt über einen schnellen Abbau der Verschuldung zu reden, wie Herr Boss es tut. Wir müssen uns darüber im Klaren sein - man mag es lieben oder nicht -, dass über eine Reihe von Jahren die Belastungen unglaublich groß sein werden.

Man kann sich jetzt entscheiden, entweder den japanischen Weg zu gehen, also über die nächsten zehn Jahre die Wirtschaft durch Maßnahmen immer wieder ein klein bisschen anzuregen, sich dann wieder zurückziehen und schnell Verschuldung abbauen zu wollen, oder den amerikanischen Weg zu gehen - diesen hat die amerikanische Administration jetzt jedenfalls angeordnet -, also durch ein massives Anregungsprogramm von Geldpolitik und Fiskalpolitik dafür zu sorgen, dass die Krise überwindbar wird und sich nicht zu einer langjährigen Stagnation verschleppt. Die Gefahr ist unglaublich groß. Sie alle wissen - ich glaube, ich muss das hier nicht erwähnen -: Die Verschuldung des japanischen Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt lag vor der Krise 1990 bei etwa 50 Prozent, heute liegt sie bei 190 Prozent; nicht weil man die Wirtschaft massiv angeregt hat, sondern weil man sie immer wieder ein bisschen angeregt hat, sich dann sehr schnell wieder zurückgezogen hat und versucht hat, zu konsolidieren.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Vielleicht sollte ich erst sagen, dass aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe - ich glaube, auch der anderen Umweltorganisationen - momentan in dieser wirtschaftlichen Lage der Staat gefragt ist, der Staat Geld in die Hand nehmen muss.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Der Staat! Alle hier!)

Ich glaube, die Politik hat durch diese Krise sogar an Gestaltungsspielräumen gewonnen, weil die Wirtschaft als Bittsteller auftritt und derjenige, der gebeten wird, die Bedingungen diktieren kann. Dies ist in diesem Programm leider nicht erkennbar.

Herr Kampeter, ich fand es interessant, dass Sie ein halbes Dutzend mitberatende Ministerien aufgezählt haben, aber das Umweltministerium nicht dabei war. Unsere Seite findet es verstörend, dass die globale Klimakrise, die ja übergreifend ist und uns während dieser Zeit und noch mehr in der nächsten Aufschwungphase wieder beschäftigen wird, nicht zu einem Ausgangspunkt dieses Programms gemacht worden ist. Das wäre naheliegend und im Übrigen auch dem Ziel des Programms angemessen gewesen.

Ziel des Programms muss sein - das ist es wahrscheinlich nach Ansicht aller, die hier sitzen -, dass Deutschland aus dieser Krise gestärkt hervorgeht. Deshalb glauben wir, dass alle Maßnahmen einer Art Lackmuestest unterzogen werden müssen, bei dem geprüft wird, ob sie den Strukturwandel hin zu Klimaschutz und Ressourceneffizienz, der ohnehin bevorsteht bzw. schon angefangen hat und beschleunigt werden muss, vorantreiben, ob sie ihm entgegenwirken oder ob sie ihm gegenüber neutral sind. Man muss dazu sagen: Auch die vermeintlich neutralen Maßnahmen, beispielsweise Steuerentlastungen, wirken natürlich strukturkonservativ, weil durch sie Mittel oder Spielräume für strukturverändernde Maßnahmen fehlen.

Es gibt in dem Programm einige Sünden; manche sind schon genannt worden. Natürlich kann man versuchen, in einzelnen Branchen die Konjunktur anzukurbeln, zum Beispiel mit einer Abwrackprämie, die aber eben keine Umweltprämie ist. Man hat nicht einmal den Versuch unternommen, über diese Prämie in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern oder vielleicht Einfluss auf die Modellpolitik der Autounternehmen zu nehmen; man hat keine Kriterien angegeben. Das Ergebnis ist klar. Auch der Grund dafür ist klar: Hätte man es getan, hätte man vermutlich ein Konjunkturprogramm aufgelegt, das eher den ausländischen Unternehmen zugutekommt, die im Gegensatz zu den deutschen entsprechende Fahrzeuge schwerpunktmäßig anbieten. Trotzdem ist es natürlich eine Sünde.

Sie können schon in der Zeitung lesen, dass es eher ein Konjunkturprogramm für Umgehungstatbestände ist. Die Autos, die hier abgewrackt werden, werden zu einem

großen Teil im Ausland weiterfahren; das ist übrigens bei kleineren Fahrzeugen gar nicht so schlimm. Wenn jemand einen 3-Liter-Lupo, der zehn Jahre alt ist, nun abwrackt und sich dafür einen Familienwagen kauft - nicht weil er Antiökologe ist, sondern weil er gerade zwei Kinder bekommen hat -, dann hat das natürlich auch ökologisch einen negativen Effekt. Der Lupo ist auf dem Markt erheblich mehr wert als 2 500 Euro. Also wird man die Abwrackprämie abgreifen und ihn gleichzeitig ins Ausland verschieben.

Es gibt ein paar andere Sünden, zum Beispiel dass der ÖPNV im Rahmen des kommunalen Programms ausdrücklich nicht berücksichtigt werden soll.

Ich will versuchen, in dieser ersten Runde ein paar Vorschläge zu machen. Zum Beispiel - ich komme auf den Lackmустest zurück - hat die Branche der erneuerbaren Energien vor einigen Tagen angekündigt, man könne bis 2020 47 Prozent des Stroms in Deutschland bereitstellen; im Moment sind es 15 Prozent. Dies ist natürlich nur dann möglich, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Sie alle wissen, dass das große Problem im Moment die Netze sind. Man müsste einige bestehende sperren und beispielsweise den Ausbau der Erdverkabelung beschleunigen, weil es dagegen nicht so viele Widerstände gäbe. Da müsste der Staat Anreize setzen. Natürlich müsste er gleichzeitig über eine Netzgesellschaft nachdenken, damit der Bereich nicht weiter unter dem Einfluss der dominierenden Konzerne bleibt.

Energieeffizienz ist seit jeher ein ungehobener Schatz und gleichzeitig ein Arbeitsmarktargument, weil Energieeffizienz natürlich arbeitsplatzintensiv ist. Hier stelle ich mir unter anderem eine Frage. Sie in der Großen Koalition haben ja das Problem, dass Sie - völlig zu Recht - schnell wirkende Maßnahmen beschließen wollen. Programme im Bereich der Energieeffizienz, die über das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium laufen, sind jedes Jahr sozusagen überbucht. Jedes Mal ist nach einem Vierteljahr oder einem halben Jahr Schluss, und alle sind frustriert, weil sie nicht mehr zum Zuge kommen. Warum stocken Sie diese Programme nicht einfach auf? Dann hätten Sie nicht das Problem, Programme erst installieren zu müssen. Das wäre ein großer Fortschritt in diesem Bereich.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Sie haben drei Fragen gestellt, die das Thema sehr breit abdecken. Ich will trotzdem versuchen, mich kurzzufassen. Ich will wie Herr Flassbeck, dem ich in vielen Punkten zustimme, global anfangen. Wir haben eine ernste weltweite Rezession, die sich allerdings mit massiven Strukturkrisen etwa in der Automobilbranche und im Finanzsektor vermischt.

Wir sehen derzeit das, was man in Deutschland immer bei konjunkturellen Entwicklungen sieht: die Effekte der Weltwirtschaft. Wäre der Welthandel, die Weltwirtschaft nicht eingebrochen, dann würde es uns vergleichsweise gut gehen. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die Exporte massiv zurückgegangen sind und noch weiter zurückgehen werden, sondern auch damit, dass der Anteil der Exporte insgesamt an unserem Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen ist. Sie machen ungefähr 50 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes aus. Das heißt, die Krise hat uns von außen erreicht.

Die Frage, was wir tun können, um die Krise binnenwirtschaftlich zu bekämpfen, ist außergewöhnlich schwer zu beantworten. Es ist richtig, dass die Krise durch eine einzigartige simultane Abwärtsbewegung in allen Wirtschaftsnationen entstanden ist und - da werden Sie mir wahrscheinlich zustimmen, Herr Flassbeck - nur durch eine gemeinsame weltweite Operation bekämpft werden kann. Diese Operation hat noch nicht stattgefunden, weder im Finanzsektor, wo es längst hätte passieren können, noch auf dieser Ebene. Auch in der EU sind die gemeinsamen Maßnahmen vielleicht zu spät gekommen.

Das Problem ist, dass Deutschland allein binnenwirtschaftlich fast nichts tun kann, um für sich eine Veränderung herbeizuführen. Wir legen jetzt - Herr Kampeter, das ist richtig - das größte Paket in Europa auf. Die Franzosen reden ja gerne, die Engländer sind entrüstet, und die Deutschen handeln. Aber auch das massivste Paket ist aus meiner Sicht nur ein Versuch, international Solidarität zu zeigen. Denn was kann höchstens passieren? Wir können mit unseren Importen - wir haben eine Importquote von 40 Prozent - die Wirtschaft in Europa und vielleicht auch in der Welt anregen, um vermehrt Exporte zu bewirken. Insgesamt ist das ein schwieriges Thema. Das heißt, dass

es europäisch gesehen ein sehr respektables Programm ist, aber in Deutschland keinen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, die Krise einzudämmen.

Vieles, was wir jetzt tun, ist Psychologie. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Konsumförderung, zum Beispiel die Abwrackprämie. Das sind reine Strohfeder; dies wird mittelfristig zurückschlagen. Das heißt, Herr Schneider, um die Effekte des Pakets für 2009 und 2010 bewerten zu können, muss man die Dimension des Problems kennen. Dabei ist egal, wer recht hat. Ein Schrumpfen der Wirtschaft um 1 bis 3 Prozent kann man sich realistisch vorstellen. Es kommt darauf an, wie all diese Maßnahmenpakete weltweit wirken und wie sie umgesetzt werden. Es hängt auch davon ab, wie die Politik weltweit agiert. Wenn in diesem Jahr - wir rechnen mit einem Rückgang der Wirtschaft um 1 bis 3 Prozent - durch dieses Paket der Rückgang der Wirtschaft um ungefähr 0,5 Prozent geringer ausfällt, dann sieht man, dass es ein kleiner Beitrag ist. Wahrscheinlich wird dieses Paket auf die Verschuldung und auf das Selbstverständnis, wann man selber etwas tun muss und wann der Staat agiert, dramatische, langfristige Wirkungen haben.

Was sind die Optionen? Wenn man meint, man müsse etwas tun - das will ich sicherlich nicht ausschließen -, dann muss man sich auf das konzentrieren, was nachhaltig und langfristig sinnvoll ist. Insofern unterstütze ich alle Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur - sie sind sicherlich sinnvoll - und auch die Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes. Die Maßnahmen im Bereich der Konsumförderung halte ich für Symbolpolitik. Sie mögen für die Regierung psychologisch wichtig sein, führen aber fachlich und sachlich nicht weiter.

Was wären die Alternativen gewesen? Dazu muss man wissen, wie die langfristige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland aussieht. Sicherlich gibt es die Alternative, neben Infrastrukturmaßnahmen langfristig Steuersenkungen zu beschließen. Das halte auch ich für richtig. Ich sehe aber trotz aller Versuche, Subventionsabbau zu betreiben - wir sind ja gerade mit der Pendlerpauschale auf den Bauch gefallen -, die Haushalte langfristig nicht gesichert. Denn in der vergangenen Boomphase ist nicht genügend gespart worden. Es ist keine Verschuldung abgebaut worden. Insoweit muss man im Augenblick zur Sicherung der langfristigen

Maßnahmen, insbesondere der Infrastrukturmaßnahmen, von einer Steuersenkung absehen.

Bestenfalls sind mittelfristig Steuererhöhungen nötig. Denn eines ist klar: Die Verschuldung, die Sie jetzt organisieren, muss mittelfristig von den Steuerzahlern finanziert werden. Insoweit sehe ich in Infrastrukturmaßnahmen die eigentliche Chance, jetzt noch ein Signal zu setzen und mittelfristig etwas Sinnvolles zu tun. Hier teile ich die Einschätzung von Herrn Boss, dass die Größenordnung dessen, was wir getan haben, sehr beachtlich ist. Auf die beiden Jahre verteilt entspricht dies in etwa 25 Prozent dessen, was wir normalerweise investieren. Wir haben zu wenig Infrastruktur; das sagen wir seit Jahren. Auch die Richtung Forschung und Bildung ist richtig. Aber es muss nachhaltig sein und über die zwei Jahre hinausgehen. Es wird das jetzige Volumen kaum überschreiten; denn es muss ja umgesetzt werden. Die Projekte müssen vorhanden sein. Herr Boss hat es richtig gesagt: Die Baubranche ist nicht in der Lage, in größerem Umfang neue Maßnahmen durchzuführen.

Ich komme zum letzten Punkt, zu dem, was Herr Bonde angedeutet hat. Sie haben gefragt: Steckt nicht darin, wie wir die Krise jetzt bewältigen, der Beginn der nächsten Krise? Da gebe ich Ihnen völlig recht. Auch die jetzige Krise ist die Folge einer Krisenbewältigung weltweit, zumindest wenn wir die Finanzmarktkrise als eine der Ursachen sehen. Sie ist in den USA als Folge einer übereifrigen Zinspolitik entstanden, die negative Realzinsen zugelassen hat, und als Folge eines Missmanagements des Finanzsektors, auch nachdem bereits offensichtlich war, was passiert.

Jetzt geschieht, was immer in einer Rezession geschieht: Die Bereitschaft der Wirtschaft, Kredite aufzunehmen, geht zurück. Das ist als solches noch nicht überraschend. Es gibt jetzt noch keine Kreditklemme; sie droht uns jedoch vielleicht. Die Frage lautet: Tritt der Staat ein, und wie wird er langfristig mit diesen Schulden klarkommen? Sie haben die Bonds angesprochen, Herr Bonde. Im Augenblick liest und hört man so viel über unsichere Wertpapiere. Mittlerweile weiß man, dass die Aktien in Deutschland risikoreich sind. Die Bereitschaft der Bürger, Geld zu niedrigsten Zinsen anzulegen, und die Bereitschaft des Staates, sich massiv zu verschulden, zu alimentieren und Geld zu

shiften, werden irgendwann aufhören. Im Augenblick ist die Verzinsung niedrig, und die Sicherheit ist hoch.

Wenn die Preise steigen - sie werden steigen, vielleicht nicht in diesem und nicht im nächsten Jahr, aber in einigen Jahren -, werden wir ein Inflationsproblem bekommen. Schließlich glaubt niemand, dass die große Menge an Geld, die in vielen Ländern der Welt in die Wirtschaft gepumpt wurde, einfach abgesaugt werden kann. Dann rutschen die Realzinsen für Bonds ins Minus. Was in diesem Fall passiert, ist klar: Die Leute wollen aus den Bonds aussteigen, und wir werden Probleme im Hinblick auf die Staatsverschuldung bekommen. Möglicherweise befinden wir uns dann am Beginn einer neuen Krise.

Herr Flassbeck, ich teile Ihre Auffassung, dass wir diese Krise sehr ernst nehmen müssen und dringend Schritte zur Bekämpfung der Finanzmarktprobleme unternehmen müssen. Das ist aus meiner Sicht schon zu lange unterlassen worden. Die Situation wird sich nicht beruhigen, wenn nicht endlich klar gestellt wird, wie es weitergehen soll. Gleichzeitig müssen wir uns rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie wir mit der steigenden Inflation, die in einigen Jahren zu verzeichnen sein wird, und mit der Verschuldung umgehen. Das, was Sie im Zusammenhang mit der Schuldenbremse vereinbart haben, bedeutet nur, dass im Jahre 2020 ein ausgeglichener Staatshaushalt vorliegen soll; hier teile ich die Auffassung von Herrn Boss. Von Schuldenabbau war aber noch nicht die Rede. Bis zum Jahr 2020 werden also nach wie vor Schulden gemacht.

Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass wir auch ohne neue Schulden auskommen. Ich bin der Meinung, dass es durchaus sinnvoll sein kann, zugunsten der nächsten Generation Schulden aufzunehmen. Ich habe mich immer für eine Öffnung des Maastrichter Vertrages eingesetzt - das nur by the way -, weil man auch die automatischen Stabilisatoren wirken lassen muss, auch in Krisenzeiten. Es bestand Einigkeit, dass es in bestimmten konjunkturellen Phasen möglich sein muss, Schulden abzubauen. Diese Möglichkeit wurde nun für viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verbaut. Insofern sehe ich große Probleme auf uns zukommen, deren Lösung wir nicht einfach dem nächsten Deutschen Bundestag überlassen dürfen.

Vorsitzender Otto Fricke: Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU): Mir geht es um die Durchführbarkeit dieses Gesetzes. An den Deutschen Städtetag richte ich die Frage: Wie kommen wir mit dem Kriterium der Zusätzlichkeit zurecht? Ich glaube, wir haben keine andere Möglichkeit, als an einen Referenzzeitraum anzuknüpfen. Sonst würden wir diejenigen, die bei der Haushaltsaufstellung geschlampt und den Haushalt nicht rechtzeitig eingebracht haben, belohnen. Man hätte die Möglichkeit, ihn noch zu stoppen. Dafür müssten wir allerdings einen Maßstab entwickeln.

Hier gibt es folgendes Problem: In den drei Jahren kann es Investitionsspitzen geben, zum Beispiel dann, wenn eine neue berufsbildende Schule, ein neues Krankenhaus oder ein neues Verwaltungsgebäude gebaut wurde. Dafür legt man sich regelrecht krumm. Welches Verfahren können Sie uns vorschlagen, um auf der einen Seite eine einfache Handhabung zu gewährleisten und auf der anderen Seite sicherzustellen, dass damit nicht für den Ersatz ohnehin geplanter Finanzierungen gesorgt wird? Das kann schließlich nicht das Ziel einer Anschubfinanzierung sein.

Zum Investitionsbegriff. Es gibt eine Abgrenzung zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt. Meines Erachtens bestehen im Hinblick auf die Investitionsgrenze Ermessensspielräume. Als Maßstab gilt: Maßnahmen, durch die die Lebensdauer eines Gutes verlängert wird, stellen eine Investition dar, und alle anderen Maßnahmen dienen zur Erhaltung eines Gutes während seiner durchschnittlichen Lebensdauer. Wie können wir es schaffen, für beide Fälle schnell umsetzbare, praktikable Maßstäbe zu entwickeln?

Klaus Hagemann (SPD): Meine beiden ersten Fragen richte ich an Frau Kuban.

Erstens. Ich habe in meinem Wahlkreis und auch in meinem Bundesland, in Rheinland-Pfalz, mehrere Betriebe der Bauwirtschaft, insbesondere der Straßenbauwirtschaft, besucht. In verschiedenen Gesprächen wurde mir gesagt: Wir können die Kapazitäten innerhalb kürzester Zeit um 30 Prozent erhöhen, sodass die Aufträge vergeben werden können. - Sehen Sie das auch so?

Zweitens. Inwieweit wird es Auswirkungen auf die Preise haben, wenn sehr viele Aufträge eingehen? Der Präsident des rheinland-pfälzischen Bauverbandes antwortete auf diese Frage: Das ist nicht schlimm. Dann müssten wir mehr verdienen. In den letzten Jahren haben wir nämlich viel zu wenig verdient. - Wie sieht die Situation republikweit aus? Meinen Sie, dass man Auswirkungen auf die Preise verhindern kann?

Frau Kuban, ich habe noch eine Frage an Sie. Derzeit liegen Aufträge bis etwa Ostern vor. Man rechnet allerdings damit, dass danach ein tiefes Loch folgen wird, wenn jetzt keine weiteren Aufträge erteilt werden. Wie schätzen Sie diese Situation ein?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Sommer. Herr Dr. Boss hat sich für den massiven Abbau von Subventionen ausgesprochen. Er hat aber nicht gesagt, welche Subventionen seiner Meinung nach abgebaut werden sollten. Herr Sommer, würden nicht auch Steuersenkungen zur Folge haben, dass sich die Verschuldung des Staates ausweitet? Bitte nehmen Sie hierzu Stellung.

Gunter Weißgerber (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Kuban vom Deutschen Städtetag. Sie haben vorhin deutlich gemacht, dass große Sanierungs- und Instandhaltungsaufwendungen ermöglicht werden müssten. Würden Sie es mit Blick auf die Verkehrsinfrastruktur auch für richtig halten, wenn die Möglichkeit geschaffen würde, dass beispielsweise kommunale Betriebe Straßenbahnen anschaffen?

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): Ich möchte inhaltlich an das, was Frau Kuban gesagt hat, anschließen. Die Förderbereiche sind bereits aufgezählt worden. Die Investitionen in die Infrastruktur, die der Kollege gerade angesprochen hat - Stichworte „Städtebau“, allerdings ohne Abwasser, und „ÖPNV“ -, sind im Gesetz nicht vorgesehen. Wie bewerten Sie diese Förderbereiche? Fehlen nicht zum Beispiel der öffentliche Personennahverkehr und die Sanierung von Sportstätten? Das wurde in der letzten Fragestunde des Deutschen Bundestages übrigens auch von Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion angemerkt.

Meine zweite Frage möchte ich Herrn Flassbeck stellen. Einige Kolleginnen und Kollegen - sowohl Mitglieder dieses Ausschusses, beispielsweise der Kollege Spahn, als auch Mitglieder anderer Ausschüsse -

haben gesagt, dass sie dem Konjunkturpaket nur dann zustimmen können, wenn es mit einer Schuldenbremse gekoppelt wird. Wie bewerten Sie die Diskussion über die Schuldenbremse?

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ich möchte auf die Schuldenbremse zu sprechen kommen. Ich habe eine Nachfrage. Herr Dr. Boss, Sie haben gesagt, das Ergebnis, das wir am vergangenen Donnerstag in einer sehr denkwürdigen Dauerveranstaltung erzielt haben, sei unzureichend. Würden Sie bitte darlegen, warum das, was in der letzten Woche unter dem Etikett „Schuldenbremse“ großkoalitionär sozusagen verwurschtelt wurde, nicht dem Anspruch, den Sie an eine Schuldenbremse haben, gerecht wird? Mich würde interessieren, warum Sie glauben, dass sie in dieser Form nicht funktioniert.

Meine zweite Frage richtet sich an Dr. Rosenkranz. Sie haben die Abwrackprämie skizziert und erläutert, warum sie aus Ihrer Sicht eine ökologisch schädliche Wirkung hat. Da sich die Koalition fest in dieses Instrument verbissen hat und nicht davon abrücken möchte, frage ich Sie: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Instrument so nachzustimmen, dass es zumindest ökologisch neutral oder sogar ökologisch förderlich wirkt? Besteht Ihrer Meinung nach die Möglichkeit, dieses Instrument sozusagen zu renovieren, und, wenn ja, was müsste man dafür tun?

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Herr Dr. Weise, wir haben im vorliegenden Gesetzentwurf eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten vorgesehen, insbesondere im Bereich der Kurzarbeit. Könnten Sie dem Ausschuss, vielleicht auch unter Einbeziehung einer Beschreibung der arbeitsmarktpolitischen Perspektiven, schildern, ob Sie diese Instrumente für geeignet halten, um dem Beschäftigungsabbau substanziell entgegenzuwirken? Das wäre zweifelsohne hilfreich.

In meiner zweiten Frage möchte ich das, was Herr Kollege Fromme bereits angedeutet hat, ein wenig präzisieren. Frau Kuban, unsere Hauptsorge im Hinblick auf das Kriterium der Zusätzlichkeit ist, dass die Kommunen das konjunkturelle Impulsprogramm mit einem Umschuldungsprogramm verwechseln. Ich habe bereits zwei Veranstaltungen mit Kämmerern durchgeführt, eine in meinem

Wahlkreis und eine in einem anderen Wahlkreis. Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen sagen: Diese Sorge ist nicht unbegründet. Denn die meisten Fragen, die gestellt wurden, zielten darauf, wie das Kriterium der Zusätzlichkeit zu umgehen ist. Meine Frage lautet: Wie können die kommunalen Spitzenverbände und der Bundesgesetzgeber ein Bündnis schließen, um gemeinsam das Ziel zu verfolgen, dieses Problem unbürokratisch zu lösen und gleichzeitig größtmögliche zusätzliche Impulse zu geben? Würde das Impulsprogramm als Umschuldungsprogramm verstanden, würde nämlich jedweder expansive Impuls verloren gehen.

Der Hinweis darauf, dass zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt werden, ist an dieser Stelle nicht hilfreich, wenn sich das, was der Bundesfinanzminister „klebrige Finger“ nennt, bewahrheitet. Meine Sorgen betreffen die Praxis. Die Kämmerinnen und Kämmerer in Ostwestfalen, mit denen ich sprach - Ostwestfalen sind sparsam; die Lipper beispielsweise gelten als die des Geizes wegen aus Schottland Ausgewiesenen -, denken sofort an Umschuldung. Das kann aber nicht im Sinne eines expansiven Impulses sein, wenn man schon einen solchen Impuls braucht.

Vorsitzender Otto Fricke: Kollege Koppelin zur Geschäftsordnung.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, zu Beginn der Sitzung habe ich beantragt, dafür zu sorgen, dass ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums an dieser Anhörung teilnimmt. Sie wollten sich darum bemühen. Darf ich fragen, zu welchem Erfolg Ihre Bemühungen geführt haben?

(Zuruf: Die suchen wohl noch einen!)

Vorsitzender Otto Fricke: Wie ich höre, ist im Wirtschaftsministerium viel los; ich weiß gar nicht, warum.

(Heiterkeit - Zuruf: Heute wahrscheinlich zum ersten Mal seit langer Zeit!)

Wir haben das Wirtschaftsministerium informiert. Im Moment tagen aber noch andere Ausschüsse. Wie mir berichtet wurde, wird versucht, jemanden zu finden, der in unseren

Ausschuss geschickt werden kann. Mehr Informationen habe ich bis jetzt nicht.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, ich habe nicht beantragt, dafür zu sorgen, dass irgendjemand aus dem Bundeswirtschaftsministerium, sondern dass ein beamteter Staatssekretär aus dem Bundeswirtschaftsministerium an unserer Anhörung teilnimmt. Kann das gewährleistet werden?

Vorsitzender Otto Fricke: Ich weiß, was Sie beantragt haben. Ich sage Ihnen noch einmal, Herr Kollege Koppelin: So wie ich es verstanden habe, befinden sich die beamteten Staatssekretäre des Bundeswirtschaftsministeriums derzeit in anderen Ausschüssen und nehmen an den dortigen Anhörungen teil. Daher wird momentan noch nach einem beamteten Staatssekretär, der an unserer Sitzung teilnehmen kann, gesucht. Man kann sie schließlich nicht klonen.

(Zuruf: Die sind wahrscheinlich alle auf der Flucht! - Heiterkeit)

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, wenn das so ist, möchte ich gerne, bevor ich einen weiteren Antrag stelle, erfahren, in welchen Ausschüssen sich die beamteten Staatssekretäre zurzeit befinden.

Vorsitzender Otto Fricke: Das teilen wir Ihnen gerne mit. Wir finden das heraus und informieren Sie dann. - Jetzt sind die Sachverständigen an der Reihe.

Sachverständiger Michael Sommer (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich wurde gefragt, wie ich die Forderung von Herrn Boss nach einem massiven Abbau von Subventionen bewerte und wie ich prinzipiell über Steuersenkungen denke.

Ich will vorab eines sagen: Natürlich kann man dieses Thema politökonomisch betrachten; das werde ich auch gleich tun. Wir befinden uns allerdings in einer tiefen Wirtschaftskrise, in der es darauf ankommt, dass dieser demokratische Staat Handlungsfähigkeit beweist. Ich bin dankbar, dass er dies tut. Über das Ausmaß sind wir sicherlich unterschiedlicher Meinung. In Anbetracht dessen, wie sich manch einer in der öffentlichen Debatte äußert, frage ich Sie umgekehrt aber auch: Was hieße es denn, wenn der Staat das nicht täte?

(Vereinzelt Beifall)

Weil der Haushaltsausschuss die Steuergelder der Menschen, die diesen Staat finanzieren, gewissermaßen verwaltet und in die hoffentlich richtigen Bahnen lenkt, möchte ich betonen, dass wir dieses Vorgehen grundsätzlich unterstützen.

Was die Forderung nach einem massiven Abbau von Subventionen betrifft, will ich daran erinnern, dass fast alle Programme, die bisher aufgelegt worden sind, gescheitert sind. Die meisten dieser Programme haben ihren Lackmusest, wenn sie auf dem Prüfstand standen, nicht bestanden. Es gehört zur allgemeinen politischen Rhetorik, generelle Steuersenkungen zu fordern und dabei natürlich auch Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen.

Gerade in der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, deutlich zu machen, was genau man unter dem Begriff Subvention versteht und wie man ihn verwendet. Deswegen sage ich ausdrücklich: Wir lehnen die generelle Forderung nach einem Abbau von Subventionen ab. Vielmehr sollte einzelfallbezogen sehr genau geprüft werden, warum es diese oder jene Subvention gibt. In den Bereichen, in denen Fehlleitungen festzustellen sind, ist der Gesetzgeber gefordert, diese zu beseitigen.

Die Forderung nach Steuersenkungen ist ähnlich zu beurteilen. Man kann von einem Staat nicht einerseits verlangen, dass er in einer Krise massiv gegensteuert, und ihm gleichzeitig seine finanzielle Handlungsbasis entziehen.

(Zuruf: So ist das!)

Man muss sich fragen, was man will, und diesen Zielkonflikt lösen. Unserer Meinung nach wären Steuersenkungen in der jetzigen Situation eindeutig kontraproduktiv. Wir gehen davon aus, dass die positiven Wirkungen, die sich viele von den steuerpolitischen Maßnahmen, die im Konjunkturprogramm enthalten sind, versprechen, eher verpuffen werden als die Wirkungen anderer Maßnahmen, bei denen dies zum Teil unterstellt wird.

Im Übrigen will ich daran erinnern, dass wir uns nicht am Ende einer Phase der Steuererhöhungspolitik befinden. Erhöhungen waren bislang nur im Bereich der Massensteuern zu verzeichnen, insbesondere bei der Mehrwertsteuer. Dieser Entwicklung bei den Massensteuern stehen seit dem Jahre 1998 massive Steuersenkungen in anderen

Bereichen gegenüber, deren jährliches Volumen wir auf 60 Milliarden Euro beziffern.

Ich möchte nur zwei Beispiele nennen: die Senkung des Spitzensteuersatzes in einem Umfang von 10 Milliarden Euro pro Jahr und die Senkung der Unternehmenssteuer in einem Umfang von 16 Milliarden Euro pro Jahr. Ich will Sie daran erinnern, dass im vergangenen Jahr eine weitere Unternehmenssteuerreform durchgeführt wurde, die in diesem Jahr sogar nach den Aussagen des Bundesfinanzministers selbst weitere Kosten in Höhe von 8 Milliarden Euro verursachen wird. Von daher ist die Forderung nach weiteren Steuersenkungen völlig deplatziert. Statt weitere Steuersenkungen zu fordern, sollte man vielmehr darüber nachdenken, das Steueraufkommen umzuschichten und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die einen größeren finanziellen Beitrag leisten könnten, stärker besteuert werden. Man sollte das Steueraufkommen umschichten, aber keine weiteren Steuersenkungen vornehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Sachverständiger Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Bundesagentur für Arbeit): Mit Blick auf den Arbeitsmarkt und in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ist das Programm, das im vorliegenden Gesetzentwurf enthalten ist, aus unserer Sicht angemessen und richtig. In seiner Überschrift ist von „Sicherung der Beschäftigung“ die Rede. Nachdem von den Arbeitnehmern viel gefordert wurde, nämlich Flexibilität, Mobilität und eigener Einsatz, erwarten sie jetzt vom Staat Fürsorge, Sicherheit und Vertrauen. Für die Arbeitgeber stellt sich die Situation ganz nüchtern betrachtet - so dar: Der Mangel an Fachkräften ist bereits sichtbar geworden, und sie überlegen, ob sie ihre Mitarbeiter jetzt entlassen. Dann müssten sie allerdings mit hohen Beschaffungskosten rechnen und würden dem Vertrauen ihrer Belegschaft nicht gerecht werden. Insofern ist die Überschrift des Gesetzentwurfes „Sicherung der Beschäftigung“ richtig gewählt.

Mit Blick auf die Arbeitslosenversicherung ist im geplanten Programm vorgesehen, Kurzarbeit anzuordnen statt Entlassungen vorzunehmen und darüber hinaus zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen anzubieten; dasselbe gilt auch für den Bereich der Grundsicherung. Man sollte allerdings differenzieren: Prinzipiell ist das richtig, aber man

darf keine zu hohen Erwartungen haben. Im Endeffekt ist Kurzarbeit für die Unternehmen teuer. Kurzarbeit wäre nur dann sinnvoll, wenn die Perspektive besteht, dass ein Unternehmen wieder Aufträge bekommt, sodass es seine Beschäftigten braucht. Sonst würde man die Arbeitslosigkeit - das muss man ganz nüchtern feststellen - über eine lange Dauer finanzieren und bei den Menschen letztlich einen falschen Eindruck erwecken. Ich fasse zusammen: Kurzarbeit ja, aber nur dann, wenn absehbar ist, dass die Firmen wieder Aufträge bekommen.

Ein wichtiges Stichwort im Hinblick auf den Arbeitsmarkt lautet Qualifikation. Ich hoffe, dass in der Praxis auch kleine Unternehmen in die Lage versetzt werden, Qualifikationsmaßnahmen durchzuführen.

(Vereinzelt Beifall)

Unternehmen mit 10, 20 Beschäftigten können nämlich nicht gemeinsam mit Bildungsträgern große Programme verwirklichen. In diesen Betrieben ist es vielmehr so, dass einzelne Menschen hin und wieder weniger zu tun haben. In der nächsten Woche werden wir kleinen und mittelständischen Betrieben konkrete Beratungsangebote machen und ihnen aufzeigen, wie sie die Durchführung solcher Maßnahmen in der Praxis organisieren können, beispielsweise in einem Verbund.

Ich denke, im Kern ist dieses Angebot richtig und zeitgerecht. Seine Wirkung hängt davon ab, wie lange die Krise dauert; dauert sie ein Jahr oder eineinhalb Jahre, stehen wir das durch. Auch die Dimension des Pakets ist angemessen. Ich würde nicht empfehlen, jetzt mehr Mittel bereitzustellen; denn ihre Wirkung würde verpuffen. Dauert die Krise länger, wäre die Situation allerdings eine andere.

Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, dass Sie den Hauptbestandteil des Konjunkturpaketes bereits beschlossen haben und dieser schon wirksam ist. Sie haben den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung für beide Seiten, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gesenkt. Dabei geht es um ein Volumen von jährlich 30 Milliarden Euro.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht bzw. aus der Perspektive einer Unternehmensführung ging die Senkung des Beitragssatzes in dieser Höhe in Anbetracht der Lage bereits einen Tick zu weit. Ich möchte schließlich keine Organisation führen, deren Haushalt ins Minus rutscht. Aber Sie haben nun einmal

entschieden, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in dieser Größenordnung zu senken. Nun muss man abwarten, wie diese Maßnahme wirkt. Es sollte aber nicht immer wieder noch mehr gefordert werden. Obwohl Sie Arbeitnehmer und Arbeitgeber um insgesamt 30 Milliarden Euro pro Jahr entlastet haben, konnte die Bundesagentur für Arbeit Rücklagen in Höhe von 17 Milliarden Euro bilden. Aufgrund dieser Rücklagen ist die Politik jetzt handlungsfähig. Hoffentlich dauert die Krise nicht länger als eineinhalb Jahre.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Zunächst zu Herrn Kampeters Aussage zu Ostwestfalen: Ich habe eine Vorstellung davon, wie man Geld ordentlich verwendet. Ich war nämlich vor langer Zeit einmal Kämmerin in Bielefeld, einer sehr ordentlichen ostwestfälischen Stadt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass ein solches Bündnis, von dem Sie sprachen, geschlossen wird. Das wäre auch in unserem Sinne.

Ich möchte meine Antworten etwas anders strukturieren als nach den Fragen, die an mich gerichtet wurden.

Zunächst zu den Förderzielen. Dazu haben wir in unserer Stellungnahme keine kritischen Anmerkungen gemacht. Wir sind der Auffassung, dass Förderziele und Förderzwecke richtig definiert sind. Wir haben nicht den Wunsch geäußert, dass der kommunale Straßenbau integriert wird. Wir sind ausdrücklich der Ansicht, dass die klassischen gebührenfinanzierten Bereiche, beispielsweise der Bereich Abwasser, keiner Förderung bedürfen. Da diese Leistungen über Gebühren finanziert werden, braucht man sie nicht zu fördern. Was den ÖPNV angeht, waren wir der Auffassung, dass er aus anderen Töpfen gefördert werden kann. Insofern möchten wir, was die Förderzwecke betrifft, weder Kritik noch Wünsche äußern. Wir haben lediglich angeregt, die Grenzen der bereits formulierten Förderzwecke nicht zu eng zu ziehen. Wenn man sich den Gesetzentwurf ansieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass dies einigermaßen gut gelungen ist. Ich denke, damit kann man leben.

Nun zu der Frage, ob in der Bauwirtschaft die notwendigen Kapazitäten vorhanden sind und mit welchen Konsequenzen im Hinblick auf die Preisentwicklung zu rechnen ist. Die Kapazitäten in der Bauwirtschaft werden wahrscheinlich etwas angespannt sein. Dort,

wo es zu Ausfällen kommt, handelt es sich wahrscheinlich um größere Investitionen im Bereich der Wirtschaft. Das betrifft andere Unternehmen als diejenigen, die kleinteilig kommunale Aufträge bekommen. Wir glauben aber, dass auch die Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, zurecht kommen werden.

Es ist damit zu rechnen, dass es zu Preissteigerungen kommen wird. Man wird beobachten müssen, in welchem Rahmen dies auf den jeweiligen regionalen Märkten der Fall sein wird. Allerdings hat jedes Subventionspaket, abgesehen von der Staatsverschuldung, eine Reihe nicht beabsichtigter Wirkungen, die nicht immer positiv sind. Unserer Meinung nach ist das aber kein ernsthaftes Problem.

Nun zum Kriterium der Zusätzlichkeit und zum Investitionsbegriff. Herr Fromme hat gesagt, man brauche einen Referenzzeitraum. Davon ist auch in der Verwaltungsvereinbarung und im Gesetzentwurf die Rede. Dabei handelt es sich um die Jahre bis einschließlich 2007. Unserer Auffassung nach ist die Situation in den einzelnen Bundesländern so verschieden - das haben wir auch in unserer Stellungnahme beschrieben -, dass man es den Ländern überlassen sollte, wie sie mit dieser Anforderung umgehen. Was die Einzelmaßnahmen betrifft, sind wir ganz Ihrer Meinung. Sie dürfen nicht veranschlagt und nicht durchfinanziert werden.

Ich weiß, dass in einzelnen Bundesländern wahnwitzige Vorschläge gemacht wurden - diese Vorschläge stammen noch nicht einmal von den Kommunen; da wahrscheinlich auch Sie davon gehört haben, verstehe ich Ihre Sorgen allerdings -: Man stellt einen Nachtragshaushalt auf, streicht ein paar Investitionen und stellt dann einen neuen Nachtragshaushalt auf, in dem die Investitionen ein bisschen umsortiert werden. - Ein solches Vorgehen muss die jeweilige Kommunalaufsicht in den Ländern verhindern.

Das wird man am besten dadurch erreichen, dass man in den Ländern Referenzzeiträume für die Kommunen vereinbart, in die Sondereffekte mit einfließen können. Solche Sondereffekte können nämlich länderspezifisch sehr unterschiedlich sein. Wenn man Referenzzeiträume definiert, sollte man auch darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, statt der Ausgaben die kommunalen Eigenanteile als Basis zu verwenden. Es wäre hilfreich, wenn man dieses Problem lösen könnte. Dadurch würde man

nämlich dafür sorgen, dass sehr viele Sondereffekte, zum Beispiel Drittmittel, mit einfließen.

Der Deutsche Städtetag plädiert in diesem Fall für Regelungen auf Länderebene. In der Regel tun wir das nicht, weil wir den Ländern gegenüber ein tiefes Misstrauen haben. Das wird auch daran deutlich, dass wir von den klebrigen Fingern der Länderfinanzminister gesprochen haben; ausnahmsweise war also einmal nicht der Bund gemeint. Wir glauben allerdings, dass es in Rheinland-Pfalz, aber auch in eher großstädtisch strukturierten Ländern geschehen kann, dass mit diesen Mitteln zum Beispiel eine Schule gebaut wird; das tut man alle 20 Jahre. So etwas ist vor allem dort zu beobachten, wo keine großen Volumina bewegt werden.

Im Hinblick auf die Strukturen in den Ländern sollte man vielleicht die Möglichkeit belassen, für die Kommunen länderweise vernünftige Referenzzeiträume zu bestimmen. Dafür sollten die Länder dem Bund gegenüber geradestehen. Das ist in der Verwaltungsvereinbarung ein Stück weit so angelegt. Ich glaube, dass man diese Regelung konkretisieren sollte. Man könnte zum Beispiel nur die Eigenanteile werten, den Ländern aber ermöglichen, im Hinblick auf die Kommunen Sondereffekte bei der Bestimmung des Durchschnitts und der Referenzzeiträume zu berücksichtigen.

Zum Investitionsbegriff haben wir uns in unserer schriftlichen Stellungnahme ausführlich geäußert, und zwar bezogen auf das Haushaltsrecht. Auch an dieser Stelle ein Rekurs auf die Länder: In den Ländern gibt es mittlerweile kein einheitliches Haushaltsrecht mehr. In Ländern wie Nordrhein-Westfalen, in denen es eine große Anzahl von Kommunen gibt, die Eröffnungsbilanzen aufgestellt und kaufmännisches Rechnungswesen angewendet haben, hat sich der Investitionsbegriff im Vergleich zum kameralen System verändert; er ist mittlerweile noch restriktiver gefasst. Wir haben die entsprechenden Regelungen in unserer Stellungnahme aufgeführt. Auch an dieser Stelle spricht einiges dafür, den Ländern die Möglichkeit zu belassen, darauf Rücksicht zu nehmen. Dies sollte an der einen oder anderen Stelle des Gesetzentwurfes, vor allem aber in der Verwaltungsvereinbarung zum Ausdruck kommen.

Uns irritiert besonders, dass es Schreiben verschiedener Häuser gibt, die einen anderen Inhalt haben. Man sollte sich im Rahmen

des Gesetzgebungsverfahrens darauf verständigen, dass es um Investitionen und um größere Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen geht. Es wäre hilfreich, wenn man wüsste, dass dies akzeptiert wird. Dann könnten die Länder in Anbetracht ihrer jeweiligen Probleme besser mit diesen Begriffen umgehen.

Dieses Programm soll nicht dazu dienen, die kommunalen Haushalte zu sanieren, sondern dazu beitragen, dass tatsächlich Investitionen in diesen Bereichen getätigt werden. Auch das war ein Grund, warum wir gesagt haben, dass es auch finanzschwachen Kommunen ermöglicht werden soll, sich daran zu beteiligen. In diesen Kommunen ist der Investitionsstau am größten. Hinzu kommt, dass die finanzschwachen Kommunen in ihren Haushalten die wenigsten Maßnahmen veranschlagt haben. Allein aufgrund der Finanzlage dieser Kommunen könnte somit sichergestellt werden, dass das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt wird.

Vorsitzender Otto Fricke: Ein Hinweis an den Kollegen Koppelin: Herr Staatssekretär Homann ist auf dem Weg in unseren Ausschuss.

Sachverständiger Dr. Alfred Boss (Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel): Ich möchte ein paar Bemerkungen zur Schuldenbremse machen - bei allem, was ich jetzt sage, geht es um die mittelfristigen Wirkungen -: Durch eine Schuldenfinanzierung öffentlicher Ausgaben werden die Realeinkommen in der Zukunft verringert: entweder weil die Investitionen geringer ausfallen, als es sonst der Fall wäre, oder weil der Außenbeitrag bzw. - andersherum betrachtet - der Kapitalexport geringer ausfällt, als es sonst der Fall wäre, oder aufgrund der Kombination beider Effekte. Wenn die Investitionen kleiner ausfallen als sonst, dann spüren wir das in der Zukunft durch einen schwächeren Anstieg der Realeinkommen für alle, durch einen schwächeren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts. Läuft das Ganze über den Außenbeitrag, dann fallen die Erträge aus der Anlage von Ersparnissen im Ausland kleiner aus als sonst. Egal was passiert: Die Realeinkommen je Einwohner werden in der Zukunft kleiner, wenn Staatsausgaben schuldenfinanziert werden.

Verteilungspolitisch gesehen führt eine Verschuldung dazu, dass künftige Generationen belastet werden. Ob man eine solche

Verschiebung von Belastungen auf künftige Generationen in Kauf nehmen sollte, ist letztlich eine Frage der politischen Wertung; ökonomisch ist das meines Erachtens kaum objektiv zu beantworten. Nichtsdestotrotz gibt es diverse Positionen zu dieser Fragestellung. Beispielsweise plädiert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dafür, Investitionen - richtig definiert - durchaus über Schulden finanziert zu tätigen. Es gibt aber auch die andere Position, dass die Neuverschuldung auf mittlere Sicht maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen dürfe. Wieder andere sagen: Jegliche Neuverschuldung ist von Übel, schon deswegen, weil es fürchterlich schwierig ist, adäquat abzugrenzen, welche Investitionen man kreditfinanzieren sollte.

Was die Föderalismuskommission II vergangene Woche beschlossen hat, ist in meinen Augen, jedenfalls wenn ich nach dem gehe, was bisher allgemein bekannt geworden ist, wenig konkret. Es wäre meines Erachtens notwendig, den Investitionsbegriff wesentlich enger zu fassen, als das in den maßgeblichen Gesetzen gegenwärtig der Fall ist. Es wäre notwendig, der Nettokreditaufnahme den Verkauf von Geldvermögen gegenüberzustellen; denn ökonomisch gesehen ist es Jacke wie Hose, ob man Schuldtitel des Staates verkauft oder Aktien, die der Staat in seinem Portefeuille hält. Wenn der Staat Schulden macht, dann wird er in der Zukunft durch die Zinsen belastet, die auf diese Titel zu zahlen sind. Wenn der Staat Geldvermögen verkauft, dann entfallen künftige Erträge. Ökonomisch gesehen ist beides gleichwertig. Insofern spricht alles dafür, der Nettokreditaufnahme gegenüberzustellen, was per Saldo an Geldvermögen verkauft wird. Dann wird die Grenze für die Ausgaben für Investitionen enger, als sie es sonst wäre. Außerdem muss man - ökonomisch ist das eine Banalität - den Investitionen nach Abzug des entsprechenden Verkaufs von Geldvermögen die Abschreibungen gegenüberstellen, und man muss vieles andere machen, was ich hier im Detail nicht ausführen will - es sei denn, es wird noch einmal danach gefragt.

Was mich an dem, was letzte Woche vereinbart worden ist, stört, ist vor allem Folgendes: Es wird eine Regelung vereinbart, die ab dem Jahr 2020 in Kraft treten soll. Wenn man meint, etwas tun zu müssen, dann muss es meines Erachtens rasch pas-

sieren. Man muss spätestens im Jahr 2011 mit einer Korrektur anfangen, wenn wir uns jetzt mit diesen Paketen eine solch hohe zusätzliche Neuverschuldung leisten.

Sachverständiger Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD): Ich möchte zu der gleichen Frage wie Herr Boss Stellung nehmen. Herr Boss überspringt sozusagen den Sturm, in dem wir uns gerade befinden;

(Beifall)

er redet über die Zeit, wenn der Ozean wieder glatt ist und es kein Problem mehr für das Schiff gibt. Ich möchte über den Sturm reden.

Wir haben einen dramatischen Zusammenbruch von Verschuldungsketten in der Welt. Das Ausland fällt aus; es wird sich uns gegenüber nicht, wie es das in den letzten Jahren getan hat, weiter verschulden und dadurch Impulse für die deutsche Konjunktur geben. Wenn wir dies als gegeben annehmen, dann gibt es einen einfachen Weg, wie Sie mehr staatliche Schulden verhindern können: indem Sie die privaten Investoren dazu bewegen, sich zu verschulden. Nun gibt es nur wenige Instrumente, mit denen man das tun kann; das ist das Problem.

Man kann die Zinsen senken, und das sollte man weiter tun. Die EZB ist da sehr zögerlich; sie hat in meinen Augen auch falsch gehandelt. Aber auch für ein Senken der Zinsen gibt es klare Grenzen. Wir sehen das an den Ländern, in denen diese Grenzen schon erreicht sind; dann kann man die Privaten nicht bewegen, sich weiter zu verschulden.

Es gibt nur noch die Möglichkeit einer direkten Stimulierung der privaten Investitionstätigkeit; auch diese Stimulierung muss über staatliche Schulden erfolgen. Wenn es nicht kurzfristig gelingt, die Privaten zur Verschuldung zu bewegen, dann bleibt nur staatliche Verschuldung.

Solange die Menschen in Deutschland noch 10 Prozent, 11 Prozent oder sogar 12 Prozent des Haushaltseinkommens sparen, muss sich irgendjemand verschulden. Man kann 500 Jahre lang über eine Schuldenbremse reden. Wenn wir aber das Problem, wer sich dann verschuldet, wer das Geld, das gespart wird, aufnimmt und in etwas Vernünftiges investiert, nicht lösen, ist alles sinnlos, weil das Einkommen wegsackt. Die Ersparnisse müssen von irgendwem aufgenommen werden. Das ist zwingend,

und niemand wird das bestreiten. Aber vielleicht gibt es eine Mehrheit gegen die einfache Logik.

(Zuruf: Das ist eine Mehrheit!)

- Dann möchte ich gerne hören, was diese Mehrheit meint. Nach der Logik - sie ist unabhängig von jedweder ökonomischen Theorie - muss dieses Geld aufgenommen werden. Das ist weder Keynesianismus noch Neoklassik - oder wie auch immer Sie das nennen wollen -, das ist einfache Mechanik: Wenn dieses Geld nicht aufgenommen wird, muss das gesamtwirtschaftliche Einkommen zusammenbrechen, mit der Folge, dass Arbeitsplätze verschwinden. Es gibt keine andere Variable, die noch reagieren kann, die nachgeben kann; so einfach ist das. Über eine Schuldenbremse kann man wunderbar philosophieren, aber nicht, wenn man nicht andere findet, die sich verschulden. Das Ausland - davon kann man sicher ausgehen - fällt aus, wird diese Rolle nicht mehr spielen können. Schauen Sie sich an, wie verschuldet die meisten Länder sind und wie sie reagieren, schauen Sie sich an, was in Osteuropa passiert, schauen Sie sich an, was in den USA passiert: Überall ist die Situation die gleiche, nämlich dass das Ganze nicht mehr funktioniert.

Ein letztes Wort. Herr Zimmermann hat die Finanzierung des Staates angesprochen. Ich sehe nicht, dass wir Probleme bekommen könnten, den Staat zu finanzieren. Selbst in Japan, das mit 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet ist, ist das noch nicht der Fall gewesen. Warum bekommen wir keine Probleme? Weil es auf der Welt so wenige Alternativen gibt, vernünftige Anlagen zu finden. Warum drängen die Leute in Staatsanleihen? Warum leihen sie dem japanischen Staat für 1,5 Prozent über zehn Jahre Geld? Warum leihen sie dem deutschen Staat für 2,9 Prozent über zehn Jahre Geld? Warum kommt der amerikanische Staat, der vermutlich ein viel größeres Defizit machen wird, noch so leicht und relativ billig an Geld? Weil es keine Alternativen gibt. Man muss sein Geld beim Staat anlegen, jedenfalls so lange, wie die private Investitionstätigkeit nicht wieder angesprungen ist und beim Staat relativ sichere Anlagen zu finden sind.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Es ist schwie-